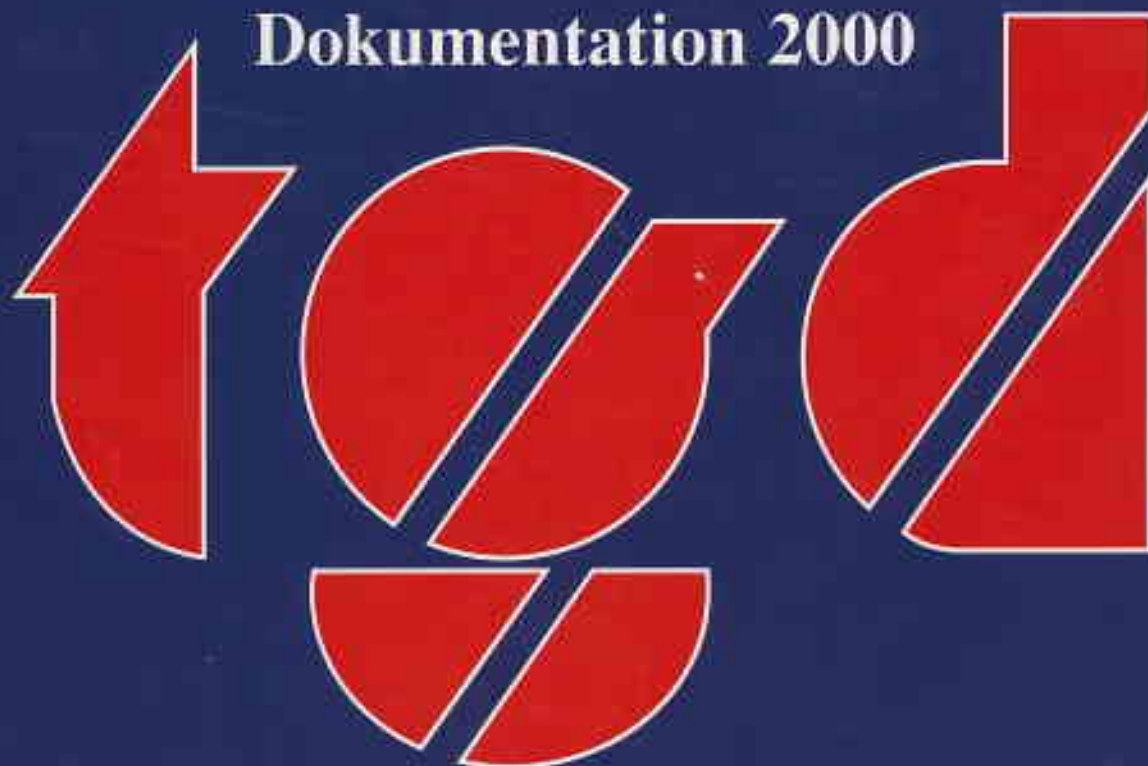


Türkische Gemeinde in Deutschland Almanya Türk Toplumunu

Dokumentation 2000



ARBEITSBERICHT 1998 / '99 • GLEICHE RECHTE • ERZIEHUNG UND BILDUNG
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT • DEUTSCH - TÜRKISCHE BEZIEHUNGEN

*ÇALIŞMA RAPORU 1998 / '99 • EŞİT HAKLAR • EĞİTİM
YABANCI DÜŞMANLIĞI • ALMANYA - TÜRKİYE İLİŞKİLERİ*



Der Bundesvorstand und die Kassenprüfer / Genel Yönetim ve Denetim Kurulu



Eine Momentaufnahme anlässlich der Bundesdelegiertenversammlung - Jan. 1998
Son Genel Kuruldan bir görüntü - Ocak 1998



UNSERE KAMPF FÜR BÜRGERRECHTE
WIRD KONSEQUENT FORTGESETZT !

*EŞİT HAKLAR UĞRAŞIMIZ
KARARLILIKLA SÜRECEKTİR !*

TÜRKISCHE GEMEINDE
IN DEUTSCHLAND



ALMANYA TÜRK
TOPLUMU

ADRESBÜCHER

gebirg... für...
REHBERİ

2000

Impressum / Künye:

Herausgeber / Yayınlayan:

TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND e.V.

Almanya Türk Toplumu
Hospitalstr. 111 »Haus 7«
22767 Hamburg

Tel.: 040 / 380 91 71 • 040 / 380 58 31

Fax: 040 / 380 57 28

E-Mail: info@tgd.de • <http://www.tgd.de>

Redaktion / Yayın Sorumlusu:

Geschäftsführender Bundesvorstand

Bankverbindung:

Deutsche Bank Hamburg
65 16710 • BLZ 200 700 00

Druck / Baskı:

euro medien
media

Gefionstraße 14 • 22769 Hamburg
Tel.: 040 / 851 25 88 • Fax: 851 55 31
e-mail: info@adress-buch.de

© **tgd** • Hamburg • Januar 2000

WIR ÜBER UNS

Die »Türkische Gemeinde in Deutschland« (TGD) wurde zur Wahrnehmung der Belange und Interessen der Deutschlandtürken gegenüber staatlichen Institutionen und der Öffentlichkeit am 2. Dezember 1995 in Hamburg gegründet. Die TGD ist eine bundesweite Dachorganisation von juristischen Personen. Gemäß den föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland repräsentiert die TGD in den Dachorganisationen auf Länderebene sowie den Berufs- und Fachverbänden rund 200 Einzelvereine.

Was sind die Ziele der TGD?

Die Türkische Gemeinde in Deutschland

- tritt entschieden für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung und Gleichbehandlung der türkischen und der übrigen Einwandererbevolkerung in Deutschland ein,
- will der Türken- und Ausländerfeindlichkeit sowie Diskriminierungen jedweder Art konsequent entgegenzutreten,
- tritt für eine Politik der Integration der kulturellen Minderheiten in die deutsche Gesellschaft bei gleichzeitiger Fortentwicklung ihrer kulturellen Identität ein,
- will zu einem friedlich-solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Deutschland beitragen,
- begreift Deutschland als neue Heimat der hier dauerhaft lebenden nichtdeutschen Bevölkerung, bekennt sich ohne Wenn und Aber zu ihr und will von Gesellschaft und Politik als ein gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft anerkannt werden.

Was sind die Organisationsprinzipien der TGD?

Die Türkische Gemeinde in Deutschland

- ist als Interessenvertretung der Deutschlandtürken parteipolitisch unabhängig,
- ist pluralistisch,
- ist den freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet,
- lehnt jede Art von Gewalt und Rassismus - von wem und mit welcher Begründung auch immer - entschieden ab und distanziert sich von rassistischen und gewaltbereiten Personen und Gruppen,
- ist entsprechend den föderalen Organisationsstrukturen Deutschlands organisiert
- ist basisdemokratisch,
- will unabhängig von der politischen und religiösen Überzeugung unterschiedliche Vereine von konservativer, liberaler, sozialdemokratischer und religiöser Orientierung, von Arbeitern und Akademikern bis zu Selbständigen und Unternehmensverbänden erfassen.

BİZDEN BİZE

»Almanya Türk Toplumunu « (TGD), 2 Aralık 1995 tarihinde Hamburg`da Almanyalı Türklerin istemlerini, hak ve çıkarlarını devlet yetkilileri ve kamuoyu önünde savunmak amacıyla kuruldu. TGD, Federal Almanya genelinde örgütlenmiş bir üst kuruluştur. Almanya`nın federal yapısına uygun, eyaletlerde oluşan çatı kuruluşların ve Almanya düzeyinde örgütlenen önemli bazı meslek ve uzmanlık kuruluşlarının oluşturdukları bir örgütdür. TGD`nin bugün 200 kadar üye derneği bulunmaktadır.

Almanya Türk Toplumunu`nun temel amaçları nelerdir?

Türklerin ve diğer göçmenlerin Almanya`da yasal, politik, sosyal alanlarda eşit haklara sahip olmalarını, eşit uygulama görmelerini sağlamak ve bu anlamda Almanyalı Türklerin bir hak ve çıkar örgütü olmak;

- Türk ve yabancı düşmanlığına, ırkçılığa ve ayrımcılığın her türüsüne karşı kararlı bir mücadele vermek;
- Kültürel azınlıkların kendi kültürel kimliklerini geliştirerek korumalarını ve Alman toplumuyla uyum içinde yaşamalarını sağlamak;
- Almanya`da sosyal birliğin ve dayanışmanın eşitlik temelinde gerçekleşebilmesine katkıda bulunmak;
- Almanya`yı burada sürekli yaşamakta olan Alman kökenli olmayanların da yeni vatani olarak görerek ve bunun gereği olarak da Alman politikasından toplumun eşit haklara sahip, ayrılmaz bir kesimi olarak benimsenmesini sağlamak.

Almanya Türk Toplumunu`nun örgütlenme ilkeleri nelerdir?

Almanya Türk Toplumunu:

- Almanyalı Türklerin hak ve çıkarlarını savunan kuruluştur,
- partiler üstü bir kuruluştur,
- Çoğulcudur,
- Özgürlükçü demokratik hukuk devleti ilkelerine bağlıdır,
- Kimden ve hangi gerekçeyle gelirse gelsin kaba kuvveti, ırkçılığı reddeder ve bu eğilimdeki kuruluş ve kişilerle ilişkiye girmez,
- Katılımcı demokrasi anlayışına bağlıdır,
- Tabandan tavana doğru kent, eyalet ve federal düzeyde örgütlenme modelini seçmiştir.

Derneklerin farklı görüş, dini inanç ve eğilimlerine bakmaksızın, demokratik hukuk devleti ilkelerine bağlı, kaba kuvveti reddeden muhafazakâr, liberal, sosyal demokrat ve diğer görüşlerdeki işçisinden akademisyenine, serbest meslek sahiplerinden işverenine değin herkesi aynı çatı altında bir araya getirmeyi ve kucaklamayı amaçlar.

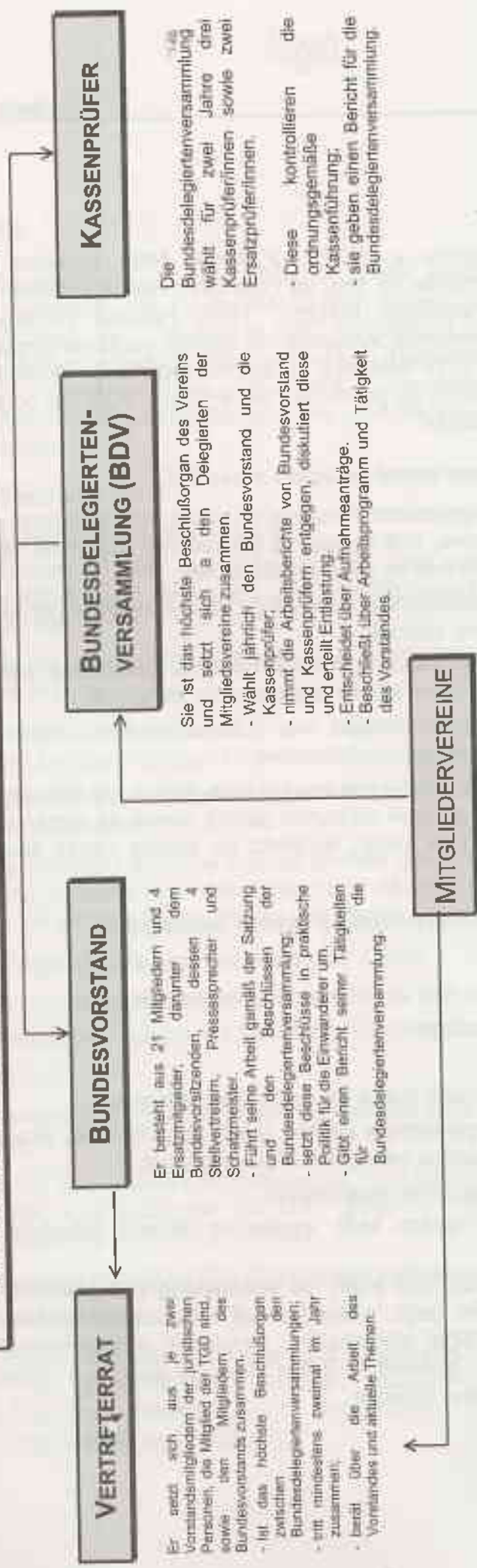
TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND E.V.

Almanya Türk Toplumuna



Ein pluralistischer, basisorientierter Zusammenschluß, der unabhängig von politischen und religiösen Überzeugungen unterschiedliche Vereine von rechtskonservativer, religiöser, liberaler, sozialdemokratischer Orientierung, von Arbeitern und Akademikern bis zu Selbständigen und Unternehmensverbänden erfüllt.

Ziele: Arbeit für gleiche Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie gegen Rassismus und Ausländermaß



VERTRETER

Er setzt sich aus 16 zwei Vorstandsmitgliedern der juristischen Personen, die Mitglied der TGD sind, sowie dem Mitgliedern des Bundesvorstands zusammen.

- Ist das höchste Sachzielorgan des Bundesdelegiertenversammlungen;
- tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen;
- berät über die Arbeit des Vorstandes und aktuelle Themen.

BUNDESVORSTAND

Er besteht aus 21 Mitgliedern und 4 Ersatzmitgliedern, darunter dem Bundesvorsitzenden, dessen Stellvertreterin, Pressesprecherin und Schatzmeister.

- Führt seine Arbeit gemäß der Satzung und den Beschlüssen der Bundesdelegiertenversammlung;
- setzt diese Beschlüsse in praktische Politik für die Einwanderer um;
- gibt einen Bericht seiner Tätigkeiten für Bundesdelegiertenversammlung.

BUNDESDELEGIERTEN-VERSAMMLUNG (BDV)

Sie ist das höchste Beschlussorgan des Vereins und setzt sich aus den Delegierten der Mitgliedsvereine zusammen.

- Wählt jährlich den Bundesvorstand und die Kassensprüfer;
- nimmt die Arbeitsberichte von Bundesvorstand und Kassensprüfern entgegen, diskutiert diese und erteilt Entlastung;
- Entscheidet über Aufnahmeanträge;
- Beschließt über Arbeitsprogramm und Tätigkeit des Vorstandes.

KASSENPRÜFER

Die Bundesdelegiertenversammlung wählt für zwei Jahre drei Kassensprüferinnen sowie zwei Ersatzprüferinnen.

- Diese kontrollieren die ordnungsgemäße Kassentführung;
- sie geben einen Bericht für die Bundesdelegiertenversammlung.

Landesverbände

	Anz. Del.
Bündnis Türkischer Einwanderer e.V. (TGB), Hamburg	14
Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB), Berlin	18
Türkische Gemeinde Baden-Württemberg (TGBW), Stuttgart	14
Türkische Gemeinde in Bayern e.V. (BIT), München	10
Türkische Gemeinde Essen-Ruhr e.V., Essen	18
Türkische Gemeinde Niedersachsen e.V. (TGN), Hannover	10
Türkische Gemeinde Rhein-Main e.V. (TGRM), Frankfurt	10
Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein e.V. (TGS-H), Kiel	10

Vereine

	Anz. Del.
Deutsch-Türkische Gesellschaft e.V. Bonn	4
Deutsch-Türkische Vereinigung e.V. »Der Fluß«, Münster	4
Fach- und Berufsverbände	
Bund Türkischer Akademikervereine in Deutschland e.V. (ATAK), Bochum	14
Bundesverband Türkischer Studierendervereine e.V. (BTS), Berlin	14
Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e.V. (FÖTED), Berlin	14
Verband Türkischer Zahnärzte in der BRD e.V. (VZT), Schwelm	4

TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND: Arbeitsbericht des Bundesvorstands 1998 / 1999

ALLGEMEINE EINFÜHRUNG

Die Türkische Gemeinde in Deutschland wurde am 2. Dezember 1995 in Hamburg gegründet. Am 23. Januar 1998 fand die zweite Bundesdelegiertenversammlung der TGD in Königswinter bei Bonn statt.

Die TGD entstand als ein Zusammenschluss von Vereinen und Verbänden mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung und mit verschiedenen Arbeitsschwerpunkten. Trotz der pluralistischen Struktur der TGD besteht für ihre rund 200 Mitgliedsvereine eine völlige Übereinstimmung in den Grundzielen, nämlich:

- Die Bundesrepublik Deutschland ist die neuen Heimat der ersten und zweiten Einwanderergeneration und die Heimat ihrer hier geborenen Kinder und Enkel. Wir wollen in allen Bereichen der Gesellschaft mit vollen Bürgerrechten als ein integrierter Bestandteil der deutschen Gesellschaft solidarisch in ihr leben und Gleichbehandlung erfahren.
- Wir wollen unsere eigene kulturelle Identität zugleich bewahren wie auch durch Einflüsse der deutschen Kultur weiterentwickeln, aber auch die deutsche Kultur mit neuen Elementen und Farben bereichern.

Seit der Gründung der TGD treten wir für diese allgemein formulierten Ziele mit einer Vielzahl von Aktivitäten ein und leisten einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat wie auch der erweiterte Bundesvorstand in diesem Sinne in den vergangenen zwei Jahren folgende Arbeiten durchgeführt, die in diesem Tätigkeitsbericht kurz zusammengefasst erläutert werden.

Der Bundesvorstand hatte auf einer Tagung vom 20.-22. März 1998 sein Arbeitsprogramm beschlossen. Gemäß diesem Programm wird hier unser Rechenschaftsbericht vorgelegt. Neben den durchgeführten Aktivitäten konnten einige Arbeitsziele nicht umgesetzt werden. Selbstverständlich wird auch darauf eingegangen. Hier wird lediglich eine zusammengefasste Bewertung der Arbeiten vorgelegt, die in den letzten zwei Jahren mit großem Engagement und Zeitaufwand durchgeführt wurden.

1. Gleiche Rechte

Die wichtigsten Aufgaben in dieser Arbeitsperiode waren unser Eintreten dafür, dass sich möglichst viele Einwanderer in Deutschland einbürgern lassen, für die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft im Zuge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland und eine schnellere Bearbeitung der Ausbürgerungsanträge seitens der Türkischen Behörden.

Eine grundlegende Erleichterung der Einbürgerung unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland gehört seit Jahren zu den Hauptbemühungen der TGD und ihrer Landesverbände. Trotz zahlreicher Ankündigungen unter der Regierung Kohl blieb das Reformvorhaben aus.

Mit der Durchführung einer Vielzahl von Veranstaltungen, Seminaren, Konferenzen, Presseerklärungen und durch Gespräche mit den Vertretern der politischen Parteien, mit Gewerkschaften und anderen Organisationen haben wir versucht,

die Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zu sensibilisieren.

Vor den Bundestagswahlen im September 1998 haben wir in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Vertretern der politischen Parteien Veranstaltungen organisiert mit dem Ziel, die Parteien zu klaren öffentlichen Positionen zu bewegen. Vertreter der Sozialdemokraten und der Bündnisgrünen haben angekündigt, im Falle einer Regierungsübernahme eine radikale Erleichterung der Einbürgerungspolitik umzusetzen. In der Tat wurde diese Zusage dann in der Koalitionsvereinbarung wie in der Regierungserklärung durch eine grundlegende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen.

Vor und nach den Wahlen haben wir in unseren Pressemitteilungen stets betont, dass die Einwanderer, die seit Jahrzehnten in Deutschland alle Pflichten eines Staatsbürgers erfüllen, hier nicht länger mit ihrem Ausländerstatus leben dürfen. Ihnen muss der Weg zur rechtlichen, politischen und sozialen Gleichstellung und Gleichbehandlung freigemacht werden. Mit Nachdruck haben wir beide Koalitionspartner in Briefen gebeten, die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in den ersten 100 Tagen der Regierungszeit durchzusetzen, als hätten wir gehakt, dass andernfalls dieses von uns unterstützte Vorhaben der Regierung nicht realisiert werden würde.

Mit verschiedenen Aktivitäten haben wir vor der Bildung der neuen Bundesregierung im August 1998 bis zu der Verabschiedung des Staatsangehörigkeitsrechts im Mai 1999 versucht, für eine echte Reform in dieser Frage Überzeugungsarbeit zu leisten und darauf Einfluss zu nehmen. Die kontroverse Diskussion beim Gesetzgebungsverfahren haben wir Schritt für Schritt mit Öffentlichkeitsarbeit, durch Gespräche mit den Vertretern der Regierungsparteien und der Opposition verfolgt. Bereits kurz nach den Wahlen in Hessen gab die SPD ihren von uns unterstützten ersten Gesetzesentwurf auf, die Bündnisgrünen beugten sich ohne große Widerstände dem großen Koalitionspartner.

Am 20. April 1999 haben wir in Bonn eine Pressekonferenz durchgeführt, um unsere Ablehnung des neu vorgelegten Gesetzesentwurfs mit den Unterschriften von 200 Vereinen in der Öffentlichkeit erneut zu erläutern. Am gleichen Tag besuchten wir das Parteigebäude der SPD und legten Parteienvertretern die Unterschriften der 200 Vereine auf einem großen Poster vor. Ohne große Umschweife möchte ich ausdrücken, dass wir uns um das Staatsbürgerschaftsrecht vorbildlich bemüht haben.

Die Gespräche und sonstigen Interventionen des TGD Bundesvorstands, unsere massive öffentliche Kritik an dem Optionsmodell und alle unsere Versuche, noch etwas zu verändern, waren leider nicht von Erfolg gekrönt.

Die TGD und ihre Landesverbände haben eine beachtliche Arbeit geleistet, indem sie die deutsche und die türkische Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer erleichterten Einbürgerung sensibilisiert haben. Dennoch müssen wir mit großem Bedauern feststellen, dass die durchgeführte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts insgesamt unsere Ablehnung erfährt. Für sehr große Teile der ersten und der zweiten Einwanderergeneration bringt die Reform keine Erleichterung, vielmehr eine Verschlechterung. Nur für Kinder, die ab dem Jahr 2000 geboren werden sowie rückwirkend bis zum zehnten Lebensjahr bringt sie Verbesserungen. Es scheint, als habe der Gesetzgeber den allergrößten Teil der



7,3 Millionen Nichtdeutschen von einer Verbesserung des Status bewusst ausschließen wollen.

Aus diesem Grunde werden wir unsere Bemühungen um die doppelte Staatsbürgerschaft unbeirrt und konsequent fortsetzen.

Vom 2. bis 6. August 1999 hat der Vorstand der TGD in Ankara mit türkischen Regierungsmitgliedern und -beamten eine Reihe von Gesprächen über die Reform des Staatsangehörigkeitsrecht in der Türkei geführt. Die Regierungsvertreter haben uns erneut signalisiert, dass die Anträge für die Entlassung aus der türkischen Staatsbürgerschaft schneller bearbeitet werden sollen. Außerdem wurde über die Möglichkeiten einer Nachbesserung im Gesetzentwurf bei der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft gesprochen, die sich vorteilhaft für die im Ausland lebenden Türken auswirken soll. Diese konsultativen Gespräche werden fortgeführt. Folgende Aktivitäten wurden für gleiche Rechte vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der TGD durchgeführt:

- 8. Mai 1998 Essen, Redner bei der Veranstaltung des „Dokumentationszentrum über die Migration aus der Türkei“ und des Ruhrländmuseums: »Türkische Minderheiten und Politik in Deutschland«,
- 14. Juni 1998 Ankara, Livesendung bei TRT-INT: »Konsultationsrat der im Ausland lebenden Türken«,
- 09. Juli 1998 Presseerklärung: »Einwandererbevölkerung nicht für den Wahlkampf instrumentalisieren!«,
- 20. Juli 1998 Presseerklärung: »Klares Wort von Schröder zur Staatsangehörigkeit gefordert«,
- 27. August 1998 Hamburg, Redner bei der Veranstaltung der deutschen Postgewerkschaft: „Doppelte Staatsbürgerschaft - Warum nicht auch in Deutschland?“,
- 15. Sept. 1998 Hamburg, Redner bei der Veranstaltung der Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd: »Migrationspolitik von SPD und Bündnisgrünen«,
- 21. Sept. 1998 Interview mit der Zeitung Sabah: »Was erwarten wir von den Bundestagswahlen?«,
- 22. Sept. 1998 Presseerklärung: »Keine Demokratie für die Einwanderer in Deutschland«,
- 14. Oktober 1998 Artikel in der TAZ: »Gleichberechtigt leben«,
- 16. Oktober 1998 Hamburg, **Pressekonferenz**: Endlich eine gute Nachricht: »Rotgrüne Koalition legt Gesetzentwurf zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vor«,
Interview mit dem Hamburger Abendblatt nach der Einigung von SPD und Grünen in Sachen Staatsbürgerschaft: »Beachtlicher Schub für die Integration«,
- 16. Oktober 1998 Interview mit der Deutschen Welle. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
- 19. Oktober 1998 Interview beim ARD-Morgenmagazin. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
Interview mit der ARD in Köln. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«



20. Oktober 1998 Interview mit dem NDR. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«, Gemeinsame Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und der Türkische Gemeinde Berlin Brandenburg. Thema: »Vertreter der Minderheiten im Deutschen Parlament«,
21. Oktober 1998 Interview mit ZDF, RTL und SAT 1. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
22. Oktober 1998 Interview mit dem SFB. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
25. Oktober 1998 Interview mit dem Hessischen Rundfunk. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
14. Nov. 1998 Braunschweig, Vortrag im Braunschweiger Rathaus. Thema: »Reform des Staatsbürgerschaftsrechts«,
17. Nov. 1998 »NDR 4–Forum« Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«
12. Dez. 1998 Recklinghausen, »Recklinghäuser Tagung«, Rede zum Thema: »Staatsbürgerschaftsrecht für die ausländischen Arbeiter in Deutschland«,
30. Dez. 1998 Interview mit NTV–Ankara. Thema: »Analyse der neuen Rechtslage nach dem Wahlsieg von SPD und Bündnisgrünen in Deutschland und der Türkei«,
05. Januar 1999 Presseerklärung: »Doppelstaatsbürgerschaft darf nicht zur Polarisierung missbraucht werden!«,
06. Januar 1999 Interview mit NTV–Istanbul. Thema: »Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft«,
07. Januar 1999 Gespräch mit der Frankfurter Rundschau und dem Hamburger Abendblatt. Thema: »Staatsbürgerschaftsreform«,
08. Januar 1999 Interviews mit ARD / ZDF Frühstücks–Magazin, WDR TV, TRT-INT, Radio Bremen, Hamburger Morgenpost. Thema: »Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts«,
10. Januar 1999 Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk über Erwartungen an die neuen Regierung,
14. Januar 1999 Presseerklärung: »Reform des Staatsbürgerschaftsrechts darf Teile der ersten Einwanderergeneration nicht ausklammern«,
15. Januar 1999 Interview mit SFB–Multi-Kulti. Thema: »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
16. Januar 1999 Artikel in der Zeitung Hürriyet: »Zeitgenössische Staatsbürgerschaft«,
17. Januar 1999 Hamburg, **Pressekonferenz**, Thema: »Reform des Staatsangehörigkeitsrechts«,
Interview mit TRT-INT / Sonntagspanorama. Thema »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
18. Januar 1999 Presseerklärung: TGD bewertet den Gesetzentwurf zum Staatsbürgerschaftsrechts,
19. Januar 1999 Hamburg, Gespräch mit den Parteivertretern von Bündnisgrünen. »Was wir von der neuen Regierung erwarten«,

21. Januar 1999 Hamburg, Veranstaltung des Orientinstituts, Redner im Symposium, Thema: „Juden und Moslems in Deutschland – vereinte Fremde“,
22. Januar 1999 Hamburg, Redner auf der Veranstaltung der GAL in Hamburg, Thema: „Doppelte Staatsbürgerschaft“,
08. Februar 1999 Presseerklärung: „die Wahlen in Hessen“,
09. Februar 1999 Hannover, Veranstaltung der Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung. Thema: „Die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts“,
12. Februar 1999 Presseerklärung: »Nein zu einer Pseudoreform des Staatsangehörigkeitsrechts«,
Interview mit der Deutschen Welle. Thema: „Doppelte Staatsbürgerschaft“,
16. Februar 1999 Hamburg, Veranstaltung der SPD Eimsbüttel-Nord. Thema: „Doppelte Staatsbürgerschaft fördert die Integration“,
09. März 1999 Presseerklärung: „Eine Verschärfung der Einbürgerungsbedingungen lehnen wir ab“,
- 10 März 1999 Interviews mit NTV, CNN-Deutschland, HH-1 TV, Norddeutscher Rundfunk, Frankfurter Rundschau und Deutsche Welle über die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts,
11. März 1999 Presseerklärung: »Rückzieher der Regierungskoalition ist ein Kniefall vor den Unionsparteien«,
Interviews mit Radio Hamburg, Hamburger Abendblatt, Deutsche Presse Agentur und AFP über die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts,
- 12 März 1999 Interviews mit Radio Bremen, Deutschlandfunk, Deutsche Welle, Hessischer Rundfunk und die Tageszeitung über die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts,
- 13./14. März 1999 Artikel in der TAZ: „Gegen die Doktrin des Machtbaren“,
14. März 1999 Interviews mit Südwestfunk und Hessischem Rundfunk zu unserer Kritik an dem Gesetzentwurf der Regierung zum Staatsangehörigkeitsrecht,
15. März 1999 Bonn, **Pressekonferenz** im Presseclub zu unserer Kritik an dem Gesetzentwurf der Regierung zum Staatsangehörigkeitsrecht,
22. März 1999 Presseerklärung: »Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts nicht gegen die Betroffenen«,
Artikel in der Zeitung Hürriyet: „Nein zur Ausgrenzung der Türken“,
27. März 1999 Interview mit der Zeitung „Die Woche“ zum „Staatsangehörigkeitsrecht“,
29. März 1999 Hamburg, Gespräch mit dem Hamburger Ausländerbeauftragten, Herrn Senator a.D. Apel, zu unserer Kritik an dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht,
06. April 1999 Hamburg, Rede auf der Veranstaltung der SPD zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht,



08. April 1999 Artikel in der Zeitung Milliyet: „Deutschland ist in Fragen der Einwanderer ein rückständiges Land“,
12. April 1999 Presseerklärung: »Skandalöses Verhalten der Regierungsparteien; Anwesenheit der Migrantenorganisationen unerwünscht,
13. April 1999 Aktion vor dem Deutschen Bundestag: Kritik der TGD am Staatsangehörigkeitsrecht anlässlich der Anhörung im Bundestag,
20. April 1999 Bonn, **Pressekonferenz** im Presseclub: »200 Vereine gegen den Gesetzentwurf zum Staatsangehörigkeitsrecht«,
Presseerklärung: Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts erschwert Integration,
21. April 1999 Interview mit Radio Berlin – im Programm »Berlin Aktuell«: Unsere Kritik an dem geplanten Gesetzentwurf,
Interview mit Radio Berlin zum Thema »Doppelte Staatsbürgerschaft«,
28. April 1999 Lauenburg, Vortrag auf Symposium der Friedrich–Naumann–Stiftung zum Thema »Wieviel Pässe braucht der Mensch?«,
- 3.-5. Mai 1999 Stuttgart, Podiumsdiskussion beim Südwestrundfunk im 6. Radio–Forum: »Migration im neuen Jahrtausend – Hörfunk- und Fernsehprogramme im Wandel«,
08. Mai 1999 Artikel in der Zeitung Hürriyet: »Wir werden weiterhin für die Gleichstellung vor dem Gesetz kämpfen«,
10. Mai 1999 Interview mit TRT–INT in der Sendung »Stimme der Türken« über das Staatsangehörigkeitsrecht,
Langen, Podiumsdiskussion: »Integration – wie weiter? Die doppelte Staatsbürgerschaft und ihre Alternativen,
16. Mai 1999 Hannover, Vortrag bei der Türkischen Gemeinde Niedersachsen zum Thema »Staatsangehörigkeitsrecht«,
21. Mai 1999 Presseerklärung zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht: »Unser Kampf für Bürgerrechte wird fortgesetzt«,
23. Mai 1999 Interview mit dem Hessischen Rundfunk zum Thema „Staatsangehörigkeitsrecht“
25. Mai 1999 Interview mit dem NDR, Dpa und dem Hamburger Abendblatt: »Reform des Staatsangehörigkeitsrechts«,
26. Mai 1999 Interview mit TRT–INT: „Staatsangehörigkeitsrecht“
- 28.-30. Mai 1999 Locum, Podiumsdiskussion: »Der Islam in Deutschland« sowie »Deutschlandtürken und die Einwanderungspolitik«,
08. Juni 1999 Interview mit dem ZDF zum Thema „Staatsangehörigkeitsrecht“,
- 23.-25. Juni 1999 Stuttgart, Podiumsdiskussion des Instituts für Auslandsbeziehungen: „Zwischen Hysterie und Utopie – Strategien zur Integration von Zuwanderern im internationalen Vergleich“,
- 02.-06. Aug. 1999 Ankara, Gespräche des TGD–Vorstands mit Regierungsvertretern: »Schnellere Entlassung aus der türkischen Staatsbürgerschaft und Korrekturen beim türkischen Staatsangehörigkeitsrecht,

08. August 1999 Ankara, Pressekonferenz: »Deutschlandtürken fordern Verbesserungen im türkischen Staatsangehörigkeitsrecht«,
28. Sept. 1999 Brief an die Vertreter der Regierungsparteien in der Türkei zu unseren Forderungen nach Verbesserungen im türkischen Staatsangehörigkeitsrecht,
- September 1999 Aufsatz in der Veröffentlichung des Zentrums für Türkeistudien: »Deutsche Türken? – Türkische Deutsche?,
14. Oktober 1999 Hannover, Vortrag auf der Veranstaltung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung: »Wanderungsziel Europa«,
20. Oktober 1999 Artikel in der Zeitung Hürriyet zum Thema: „Entsteht ein Generationenkonflikt durch das Nachrücken der Jungpolitiker“.

2. Erziehung und Bildung

Es zählt zu den wichtigsten Aufgaben der TGD, für die Zukunft unserer Kinder gleiche Chancen bei der schulischen und beruflichen Bildung zu erreichen und ihnen dadurch einen guten Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Besonders die türkischen Kinder verlassen in weitaus höherem Maße als ihre deutschen Mitschüler die Schule oft ohne Abschluss. Noch krasser ist der Unterschied auf den Gymnasien. Bei deutschen Schülern macht einer von dreien Abitur, bei den türkischen Schülern nur einer von zehn. Hier Chancengleichheit herzustellen wird einer unserer Arbeitsschwerpunkte sein.

Die TGD hält es für sehr wichtig, dass Türkisch ab der ersten Klasse als Muttersprache erlernt und in den weiterführenden Klassen als zweite oder dritte Fremdsprache wahlweise angeboten wird.

Seit seiner Gründung ist unserer Fachverband »Föderation der Türkischen Elternvereine in Deutschland« (FÖTED), in bildungspolitischen Fragen sehr aktiv. Zusammen mit unseren Mitgliedsvereinen »Bundesverband Türkischer Studierendenvereine« (BTS) und »Bund Türkischer Akademikervereine in Deutschland« (ATAK) haben wir sehr intensive Diskussionen über unsere gemeinsame Bildungspolitik geführt. Gemeinsamen Veranstaltungen gingen Diskussionen in den einzelnen Mitgliedsvereinen voraus. Am Ende eines langen Konsultationsprozesses ist dann auf einer Sitzung des Vertreterrats ein Memorandum zur Bildungspolitik beschlossen worden.

Wie allgemein bekannt, liegt die Zuständigkeit für die Bereiche Erziehung und Bildung bei den Ländern, so dass die Landesverbände sich nunmehr um die Umsetzung der im »**Memorandum zur Förderung der Muttersprache und Kultur von Kindern türkischer Herkunft im Deutschen Schul- und Bildungssystem**« festgelegten Ziele bemühen müssen. Nach intensiven Bemühungen ist in Hamburg in dieser Hinsicht eine positive Entwicklung im Gange.

Einer der Gründe, weshalb türkische Kinder im Verhältnis zu ihren deutschen Schulfreundinnen und -freunden weniger erfolgreich sind, ist darauf zurückzuführen, dass türkische Kinder in den Ballungsgebieten mit geringen Deutschkenntnissen mit der Schule beginnen. Dies beeinträchtigt die Startchancen mancher türkischer Kinder und beeinflusst die gesamte Schullaufbahn der Kinder.

Deshalb startete die TGD im November 1999 eine bundesweite Kampagne, damit türkische Kinder ohne Sprachdefizite mit der Schule beginnen können. Ziel